

Landesweit fehlt es an Turnhallen: Wird der obligatorische Schulsport abgeschafft?

Bildungspolitik Die Kantone sollen in Zukunft über die Anzahl Turnstunden entscheiden, so will es das Projekt «Entflechtung 27». Kritikerinnen und Kritiker warnen vor Chancenungleichheiten und gesundheitlichen Folgen für die Kinder.

Quentin Schlapbach
und **Sabrina Bundi**

Felgaufschwung, Völkerball, 1000-Meter-Lauf: Wer in der Schweiz eine Schule besucht, kennt, liebt oder hasst diese Übungen. Doch egal, ob man die Turnhalle feiert oder fürchtet: Die Regeln für den Sportunterricht sind für alle Schulkinder gleich. Mindestens drei Lektionen Bewegung pro Woche sind obligatorisch. So steht es im Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung, das 2010 vom Parlament mit grosser Mehrheit gutgeheissen wurde.

Damit hat das Turnen einen Sonderstatus unter den Schulfächern: Es ist das einzige Fach, in dem der Bund den Kantonen in die Schulhoheit reingrätscht. Und gleichzeitig das einzige Fach, das von der Primarschule bis in die Berufs- und Mittelschule alle besuchen müssen – also insgesamt 1,3 Millionen Kinder und Jugendliche.

Jetzt wollen Vertreterinnen und Vertreter vom Bund und Kantonen im Rahmen des Projekts «Entflechtung 27» das Schulsportobligatorium kippen. Ein erster Zwischenbericht des zuständigen Finanzdepartements von Karin Keller-Sutter (FDP) zeigt die Stossrichtung: Es soll ersatzlos aus dem Gesetz gestrichen werden. Begründet wird das mit ordnungspolitischen Argumenten: Da die Kantone den Sportunterricht zu hundert Prozent finanzieren, sollen sie auch selbst darüber entscheiden können.

Vor allem in Städten ist der Druck gross

«Wer nicht zahlt, hat nicht zu bestimmen», sagt Mitte-Ständerat Benedikt Würth, der das Obligatorium bereits 2010 bekämpfte. Denn: «Die Schule ist Sache der Kantone. Der Bund befiehlt hier eine Leistung, beteiligt sich aber mit keinem Franken an deren Finanzierung.» Schon damals warnte er vor den Folgen: Durch das Obligatorium müssten im grossen Stil neue Turnhallen gebaut werden.

Vielorts wird immer noch gebaut. Turnhallen sind auch fünfzehn Jahre nach Einführung des Obligatoriums Mangelware. Eine einfache Google-Suche reicht aus, um das Ausmass des Problems zu erfassen: Vor allem in schnell wachsenden Städten und in den Agglomerationen ist der «Hallen-Druck» gross. Kinder landen auf Wartelisten, Sportvereine müssen händierend auf freie Trainingslots warten, ihre Trainingseinheiten kürzen, oder sie können erst spät abends trainieren.

Dass die Hallen-Überbelegung ein Problem ist, weiss Benedikt Würth aus eigener Erfahrung als ehemaliger Stadtpräsident von Rapperswil-Jona: «Schon zu meiner Zeit waren Sport-Infrastrukturen knapp. Die Eishockey-Junioren mussten um 6 Uhr früh aufs Eis.»

Jonathan Badan, Präsident des Schweizerischen Verbands

«Der Sport hat in den Kantonen einen enorm hohen Stellenwert.»

Benedikt Würth
Ständerat (SG), Mitte

für Sport in der Schule (SVSS), beziffert den landesweiten Mangel: «In der Schweiz fehlen rund hundert Turnhallen.» Besonders auf der Sekundarstufe II und an den Berufsschulen gibt es zu wenig Platz. Dort müsse man regelmässig kreativ werden und auf externe Einrichtungen wie Tanzschulen oder Schwimmbäder ausweichen. Auf der Primarstufe funktioniere die Infrastruktur hingegen

grundsätzlich gut – laut Badan «dank dem Druck des Gesetzes».

Der SVSS-Präsident wehrt sich deshalb vehement gegen die geplante Abschaffung. Falle das Obligatorium des Bundes, drohe eine Chancenungleichheit zwischen den Kantonen. «Alle Kinder müssen das Anrecht auf gleich viel Bewegung haben, unabhängig vom Wohnkanton. Es geht schliesslich um die Gesundheit der Kinder.» Der Vorstoss platzt auch mitten in die Debatte um mangelnde Bewegung und den sinkenden Fitnessstand der Kinder und Jugendlichen.

Die Fachkonferenz der kantonalen Sportbeauftragten hat sich in einer Stellungnahme kritisch zum Ende des Obligatoriums geäussert: Es trage wesentlich zur Sicherstellung «zeitgemässer Sportinfrastrukturen» bei: «Eine Abschaffung könnte den Druck auf Kantone

und Gemeinden verringern, die Schulsportanlagen im Zuge des Bevölkerungswachstums auszubauen», schreiben sie.

Kritik auch aus dem Bundeshaus

Auch das Bundesamt für Sport, das in der Arbeitsgruppe zur «Entflechtung 27» einsass, wehrte sich laut gut unterrichteten Quellen vehement. Das Amt sieht die reale Gefahr, dass einzelne Kantone den Sportunterricht reduzieren – oder sogar gänzlich darauf verzichten.

Im Bundeshaus schlägt deshalb SP-Nationalrätin und Sportlehrerin Andrea Zryd Alarm: «Der Schulsport leistet heute einen fundamentalen Beitrag zur Gesundheitsprävention und hilft Jugendlichen bei ihrer Entwicklung enorm. Die Streichung wäre ein verheerendes Signal an Schulkinder und Eltern.»



Drei Stunden pro Woche turnen – das ist für jedes Schulkind in der Schweiz Gesetz. Foto: Esther Michael

Die Befürworter der Entflechtung halten die Ängste der Sportlobby für unbegründet. «Der Sport hat in den Kantonen einen enorm hohen Stellenwert», sagt Würth. Das Hallenproblem lässt er als Argument gegen die Gesetzesreform nicht gelten: «Der Turnhallendruck ist kein sportpolitisches, sondern ein raumplanerisches Problem. Einzonungen und Flächenknappheit in den Städten löst man nicht mit einer Bundesvorgabe im Sportgesetz.»

Schützenhilfe erhält Würth von Christoph Eymann, dem ehemaligen Basler Erziehungsdirektor. Auch er glaubt nicht, dass die Kantone mit dem Fall des Obligatoriums Sport aus dem Lehrplan verbannen: «Ich kenne keinen Bildungsdirektor, der den Schulsport zurückfahren will.» Die Sportlobby ziehe sich ohnehin durch alle Parteien. «Fast jeder Politiker ist Mitglied in einem Sportverein. Ein Zurückkrebsen kann ich mir deshalb nicht vorstellen.»

Wie aber sieht es an der Front aus? Thomas Minder, Präsident der Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz, bleibt ebenfalls gelassen. Denn: «Auch der Lehrplan 21 orientiert sich an drei Stunden Sport, und die Schulen müssen die Ziele des Lehrplans erreichen.» Es sei zudem mit Widerstand aus der Bevölkerung zu rechnen, sollte jemand den Sport ausdünnen wollen: «Man wollte im Kanton Thurgau das textile und technische Gestalten kürzen – da biss man auf Granit.»

SVSS-Präsident Jonathan Badan traut dem «Lehrplan-Schutzschirm» hingegen nicht: «Der Lehrplan ist nicht rechtlich verpflichtend, sondern nur eine Orientierung. Nur das Bundesgesetz garantiert Gleichheit.»

Entscheidend wird nun sein, wie sich Städte und Gemeinden positionieren. Die erste Verhandlung fand nur zwischen den Delegierten von Bund und Kantonen statt. Erst jetzt haben Gemeinden die Möglichkeit, im Rahmen einer Konsultation Stellung zu beziehen – dabei wird der «Turnhallendruck» eine wichtige Rolle spielen.